

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 7 (1966)
Heft: 3

Artikel: Der "Reiskrieg" Kuba-China
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077151>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der «Reiskrieg» Kuba – China

Kommt zur amerikanischen Wirtschaftsblockade gegen Kuba noch ein chinesischer Boykott hinzu? Die Frage nach dem Stand des sino-kubanischen Verhältnisses ist zu Beginn dieses Jahres durch zwei Ereignisse besonders aktuell geworden: Auf politischer Ebene durch die «trikontinentale Solidaritätskonferenz» von Havanna, auf wirtschaftlicher Ebene durch die drastischen Herabsetzungen der chinesischen Reislieferungen an Kuba (vergleiche KB, Nr. 2, S. 6–7 und 11).

Beide Ereignisse sind an sich ihrer Tendenz nach nicht so präzedenzlos, wie man meinen könnte. Aber in der gegenwärtigen politischen Konstellation kommt ihnen vielleicht doch die Bedeutung einer eigentlichen Weichenstellung zu, die sich nicht nur im engeren karibischen Raum, sondern in der castristischen Bewegung ganz Lateinamerikas auswirken kann.

Was die Tagung der verschiedenen «revolutionären» Bewegungen in Havanna angeht, so mag sie zunächst für das sino-kubanische Verhältnis eher indirekt schlüssig sein. Wohl fanden die nachgerade «branchenüblichen» Auseinandersetzungen durchaus statt, aber das gehört vorerst in den Rahmen des sino-sowjetischen Konflikts. Nur musste Kuba diesmal darin hineingezogen werden, und zwar nicht einmal so sehr als Gastgeberland (insofern wäre eine neutrale Rolle noch denkbar gewesen), sondern vor allem als die Macht, welche praktisch über die Zusammensetzung der Teilnehmerschaft entschied. Bei den heute zahlreichen Ländern, in denen mehr als eine Bewegung Anspruch auf Vertretung der revolutionären Bevölkerung erhebt, galt es nämlich, eine Auswahl zu treffen. Diese war einem lateinamerikanischen Ausschuss vorbehalten, dessen Entscheidungen sicherlich von Kuba abhängen.

Die Entscheidung ...

Die Auswahl fiel im grossen und ganzen den Wünschen Moskaus entsprechend aus, wenn es auch Ausnahmen gab. So wurde etwa die offizielle indonesische Delegation abgewiesen und dafür eine Vertretung der dort verbotenen KP zugelassen, die wenigstens nach der chinesischen Darstellung (sie ist im Rahmen der heutigen politischen Gegebenheiten auch ganz plausibel) von den Sowjets befiehlt wurde. So oder anders aber musste sich Kuba jedenfalls von Fall zu Fall entscheiden, und erhielt damit notgedrungen eine aktive Rolle im Streit der beiden kommunistischen Grossmächte.

Dazu wiesen die Indizien schon seit rund einem Jahr darauf hin, dass Kuba einer solchen aktiven Rolle gar nicht mehr auszuweichen wünschte, was vor allem auf die wirtschaftliche Bindung an die UdSSR und die europäischen Volksdemokratien zurückzuführen ist. Die Konferenz von Havanna war nun der Punkt, wo sich die allmählich sichtbar gewordene Vorliebe zu einer Stellungnahme kristallisieren musste.

... ist noch nicht formell

Unter diesen Umständen ist die manifest gewordene Verstimmung zwischen Peking und Havanna nicht verwunderlich. Ja, sie hätte eigentlich noch drastischer ausfallen können. Jedenfalls fällt bei der chinesischen Berichterstattung über die «Trikontinentale» eine relative Zurückhaltung auf. Von Front-

organisationstagungen des letzten Jahres, die in vergleichbarer Weise von den Sowjets dominiert waren, hatten die Chinesen noch ganz andere Schilderungen gegeben. Da waren die Konferenzergebnisse jeweils auf «Manipulationen» der revisionistischen «Drahtzieher» zurückzuführen, da war von «gefälschten Resolutionen» und «antidemokratischen Methoden» die Rede. Diesmal aber achtete «Hsinhua» sorgsam darauf, die antisowjetische Polemik nicht auf die Organisation der Konferenz als solche auszuweiten. Von Entschliessungen, die chinafreundlichen Anträgen zuwiderliefen, erklärten sich die Chinesen immer noch teilweise befriedigt, und die Kritik an Verfahrensfragen (die bei ähnlichen Situationen zuvor jeweils in Beschimpfungen überbordert hatte) ging nicht über den Ausdruck «sehr befremdlich» hinaus.

Ohne zu vergessen, dass eine nachträgliche Steigerung der Polemik (in Parallelfällen auch schon vorgekommen) immer noch möglich ist, ergibt sich für den Augenblick doch, dass Peking in seinem politischen Verhalten die Brücken zu Havanna nicht abbrechen will. Steht es in den Wirtschaftsbeziehungen anders?

Castros Darstellung ...

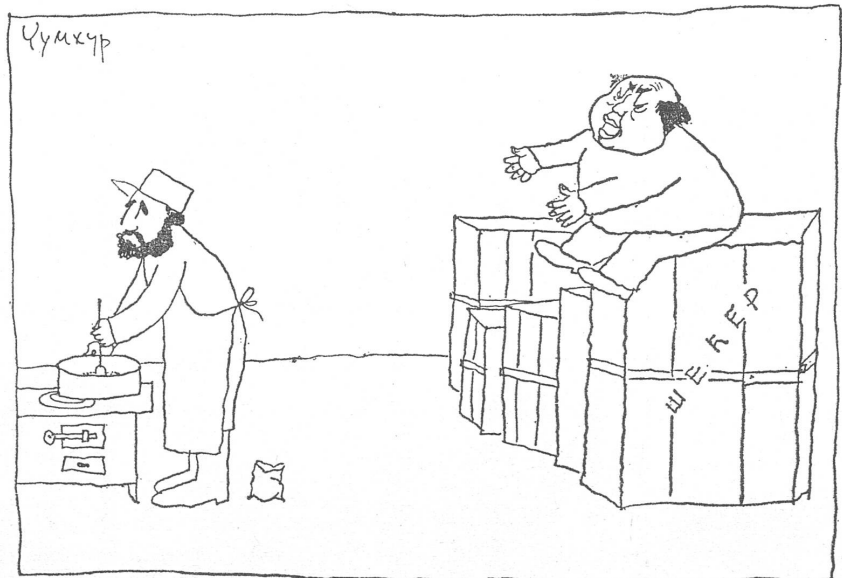
Der dramatische Rückgang des Reis-Zucker-Austausches zwischen China und Kuba ist als Indiz schon deshalb hoch zu bewerten, weil er im Unterschied zu andern Vorkommnissen ganz direkt das Verhältnis der beiden Länder zueinander berührt. Es ist von Interesse, hier die Darstellung der betreffenden Parteien selbst zu vernehmen.

Castros Bekanntmachung stellt einen Teil seiner Rede vom 2. Januar dar. Den Wortlaut seiner diesbezüglichen Ausführungen hat übrigens neben der sowjetischen Presse auch «Neues Deutschland» (Ostberlin) als einzige osteuropäische Zeitung veröffentlicht. Demnach sagte Castro:

«Es gibt ein Produkt, bei dem wir — aus Gründen, die nicht von uns abhängen — in diesem Jahr Schwierigkeiten haben. Es ist der Reis. Ich werde euch erklären, aus welchen Gründen wir weniger Reis erhalten, und werde dabei vom Bericht unseres Außenhandelsministeriums über den Handelsaustausch mit der Volksrepublik China ausgehen.»

In dem Bericht heisst es, dass die Handelspolitik für 1966 eine weitere Erhöhung des Handelsaustausches mit China vorsah. Der für 1966 geplante Export erreichte die Summe von 110 Millionen Peso, und der Import von 140 Millionen Peso. Dieser Austausch sah gegenüber den Vorjahren eine Vergrösserung unserer Zuckerlieferungen und eine Erhöhung der Reislieferungen von der andern Seite vor.»

Bei der Festlegung des Warenaustauschprotokolls für 1966 aber habe die kubanische



Handel auf chinesische Art. Mao (auf dem kubanischen Zucker sitzend): «Fidel, Fidel, gib mir meinen Reis zurück.» («Politika», Belgrad.)

Delegation in Peking Mitte November von einer Verkürzung der gegenseitigen Lieferungen erfahren. Als Gründe für den Verzicht auf die angebotenen 800 000 Tonnen Zucker seien angeführt worden: a) Chinas gute eigene Ernte; b) Chinas abgeschlossene Rücklieferung von 1960 geliehenem sowjetischem Zucker; c) Chinas ausreichende Vorräte.

Die chinesische Reislieferung von 250 000 Tonnen im Jahr 1965 müsse aber trotz guter Ernte für 1966 auf 135 000 Tonnen beschränkt werden. Hier ist die chinesische Begründung in der Formulierung Castros besonders interessant:

«a) Es ist notwendig, Reserven für den Fall anzulegen, dass China von den amerikanischen Imperialisten überfallen wird.

b) China muss Vietnam helfen.

c) Es besteht ein Defizit bei der Produktion anderer Getreidekulturen; das zwingt China, Getreide aus kapitalistischen Ländern einzuführen; dazu muss es eine gewisse Menge Reis verkaufen, um die notwendigen Devisen hereinzubekommen.»

Nach diesen Auskünften schlug die kubanische Delegation nach den Angaben Castros vor, den Restbetrag eines früheren chinesischen Kredites für den Kauf von zusätzlichem Reis zu benutzen. Das sei mit der Begründung abgelehnt worden, dass über die Verwendung von Krediten auf Regierungsebene entschieden werden müsse, und dass die chinesischerseits vorgeschlagenen Reisexporte ohnehin das Maximum des möglichen Volumens darstellten. Castro fuhr fort:

«Obwohl die chinesische Seite erklärt, dass unser Handel auf das Niveau von 1964 gebracht wird — damit die Bilanz nicht, wie in den Vorjahren, verletzt wird —, wird faktisch nur unser Export auf das Niveau von 1964 gebracht, während unsere Importe unter das Niveau jedes beliebigen Jahres zwischen 1961 und 1965 sinken. Unser Exportvolumen macht 1966 etwa 85 Millionen Peso aus. Wenn man unsere Kaufkraft — also 85 Millionen Peso — mit unserem Importbedarf vergleicht — nämlich 140 Millionen Peso —, so bedeutet der chinesische Vorschlag eine Kürzung der Lieferungen um 55 Millionen Peso. Das schliesst die Kürzung der Reislieferungen um 150 000 Tonnen ein. Ich muss an einen Präzedenzfall von Ende 1964 im Zusammenhang mit einem Vorschlag erinnern, den ich persönlich dem diplomatischen Vertreter der Volksrepublik China in Kuba unterbreitete. Es ging um folgendes: Ich zog in Betracht, dass der Pro-Kopf-Verbrauch an Reis in der Volksrepublik China sehr hoch war, der Zuckerverbrauch dagegen sehr niedrig, und in China der Zucker für die Bevölkerung, im Gegensatz zu Kuba, vier- bis fünfmal so teuer ist wie der Reis, während in Kuba der Reispreis zwei- bis dreimal höher liegt als der Zuckerpreis... Ich machte deshalb den Vorschlag — der nach meiner Ansicht sowohl für China als auch für unser Land sehr vorteilhaft ist — zwei Tonnen Zucker für jede Tonne Reis zu geben, die uns aus China geliefert wird...»

Und man kann sagen, dass die Antwort damals selbst unsere kühnsten Erwartungen



In der heiklen Periode nach der Kuba-Krise besuchte Castro zweimal die Sowjetunion: im Frühling 1963 (oben) und Anfang 1964 (unten).



übertraf. Man nahm den Vorschlag an und erklärte sogar..., dass man weiterhin den Preis für Zucker zahlen werde und wir weiter den Preis für Reis. So war damals die Lage.

Ehrlich gesagt, als ich den Vorschlag machte und dabei von den Erwägungen des gegenseitigen Vorteils ausging, dachte ich nicht, dass er lediglich für ein Jahr angenommen würde. Ich dachte, dass dieser Vorschlag im Perspektivplan auch für einen längeren Zeitraum berücksichtigt werde. Deshalb entschieden wir nicht so naiv — obwohl sich in der Tat zeigte, dass das naiv war — als wir den Austausch für dieses Jahr festlegten. Offensichtlich jedoch verstand die andere Seite das nicht so; sie war der Meinung, dass es sich um einen Ausnahmefall handelte, und das Ganze nur für ein Jahr galt. Deshalb mussten wir schon Ende 1965 feststellen, dass wir in diesem Jahr nur die Hälfte der Reismenge zur Verfügung haben werden, die wir im Vorjahr erhielten...»

... Eine Lüge?

China dementierte die Ausführungen des kubanischen Partei- und Regierungschefs in Form eines Interviews, das ein nicht näher definierter Sprecher des Aussenhandelsministeriums der Agentur «Hsinhua» gewährte. Zu Castros Darlegung, die kubanischen Im-

porte aus China würden 1966 unter das Niveau jedes beliebigen Jahres zwischen 1961 und 1965 sinken, wird vermerkt: «Das entspricht nicht den Tatsachen.» Chinas Reisexporte nach Kuba hätten in den letzten Jahren zwischen 120 000 und den für 1966 wieder vorgeschlagenen 135 000 Tonnen geschwankt. Im übrigen sei es nichts weiter als normal, wenn im internationalen Handelsverkehr das Austauschvolumen Schwankungen unterworfen sei. Zum Handel zwischen sozialistischen Ländern insbesondere wird gesagt, dass er der gegenseitigen Hilfe diene, gleichzeitig aber den Bedürfnissen und Möglichkeiten der einzelnen Partner entspreche: «Es kommt häufig vor, dass sich eine Partei nicht in der Lage sieht, den Bedarf der andern zu erfüllen.» Das habe sich bei früheren sino-kubanischen Verhandlungen so gut gezeigt, wie bei den letzten, die zur Diskussion stünden. «Wir konnten der kubanischen Nachfrage für gewisse Waren nicht genügen, wie auch Kuba unserer Nachfrage für gewisse Waren nicht genügen konnte». China habe jetzt trotz etlicher Schwierigkeiten grösste Anstrengungen unternommen, um Kuba 135 000 Tonnen Reis anbieten zu können. «Und das alles wissen unsere kubanischen Genossen sehr wohl.»

Zum Preisverhältnis zwischen kubanischem Zucker und chinesischem Reis erklärte der Sprecher, Castro habe entgegen seiner Aus-

Wir machen

unsere geschätzten Abonnenten und Leser darauf aufmerksam, dass zum reduzierten Preis von Fr. 4.— eine

Lesemappe

aus Plastik bezogen werden kann, die vier Nummern der Zeitung aufnimmt und besonders zum Auflegen in Wartezimmern, Empfangshallen usw. geeignet ist. Wir haben damit einem vielfach geäußerten Wunsch entsprochen und hoffen, dass die Interessenten von diesem Angebot zahlreichen Gebrauch machen.

Bestellungen sind bitte direkt an die Administration «Der Klare Blick» zu senden.

«Der Klare Blick», Verwaltung

sage den Austausch nicht im Verhältnis von 2:1 Tonnen vorgeschlagen, sondern lediglich im Verhältnis von 1,5:1 Tonnen. Auf Grund der detaillierten Verhandlungen aber seien dann die effektiven Lieferungen zum Ansatz von 1 Tonne kubanischen Zuckers gegen 1,12 Tonnen chinesischen Reises erfolgt.

Ein schlechtes Gewissen chinesischerseits verraten die Ausführungen zu dem Punkte, dass Castro «die Gültigkeit des Abkommens als langfristig betrachtet». Wie aus seinem Texte klar ersichtlich, hat ja Castro selbst darauf hingewiesen, dass hier keine formelle Vereinbarung vorlag. Er legte ja grössten Wert darauf, darzulegen, wie Kuba guten Glaubens angenommen habe, der Austausch werde in der bisherigen Höhe fortgesetzt, und sich nun für diese «Naivität» bestraft sehe. Was Castro meinte, war also nicht, dass China diesbezüglich einen Vertrag gebrochen habe, sondern «nur», dass man China ohne Vertrag nicht vertrauen könne. Dieser Frage weicht der chinesische Sprecher dadurch aus, dass er in längeren Ausführungen den Beweis antritt, dass keine langfristige Vereinbarung bestand. Das aber ist offensichtlich irrelevant, nachdem kubanischerseits die formelle Sachlage nicht in Zweifel gezogen werden war.

Sehr formell wird auch die Frage der möglichen Verwendung chinesischer Kredite behandelt. Man erfährt, dass die betreffenden Gelder eigentlich für den Aufkauf chinesischer Ausrüstungen und für Konstruktionszwecke bestimmt waren. Man erfährt auch, weshalb sich das Aussenhandelsministerium nicht zuständig fühlt, über eine Zweckentfremdung der Kredite zu verhandeln, und dass es die Kubaner an die Regierung verwiesen hat. Aber man erfährt trotz des demotivierten Tonfalls nichts, was der summarischen Darlegung Castros widersprechen würde.

Eskalation

Dafür aber wählte China die Gegenoffensive auf einem neuen Gebiet, nämlich in der Politik. Das Aussenhandelsministerium lässt sich nämlich die Frage vorlegen, was davon zu halten sei, dass Castro die Angelegenheit öffentlich behandelt habe, findet das Vorgehen im normalen zwischenstaatlichen Ver-

kehr unüblich, bedauert es und fährt fort:

«Jedes Jahr sah den Ablauf von Handelsverhandlungen zwischen China und Kuba, und jedes Jahr tauchten im Verlauf der Verhandlungen Meinungsverschiedenheiten dieser oder jener Art auf. Nun aber hat Ministerpräsident Castro in der Vergangenheit niemals solcherweise gehandelt. Warum hat er sich plötzlich, unmittelbar vor Eröffnung der trikontinentalen Solidaritätskonferenz in Havanna, zu diesem Vorgehen entschlossen? Diese Frage muss nachdenklich stimmen.»

Mit dieser Stelle scheint China von sich aus dem Vorkommnis jene politische Weiterung gegeben zu haben, auf die Castro noch verzichtet hatte. Auch hat Kuba bisher in seiner Reaktion auf die chinesische Darstellung die «Eskalation» nicht auf politischer Ebene fortgesetzt. Das kubanische Aussenhandelsministerium verwahrte sich in seiner Replik (von «Prensa Latina» am 12. Januar veröffentlicht) gegen die Unterstellung, Castros Aussagen hätten nicht den Tatsachen entsprochen, und doppelte mit der Versicherung nach, dass das chinesische Vorgehen «einen Schlag gegen unsere Wirtschaft» darstelle. Unterdessen hat die kubanische Zeitung «El Mundo» berichtet, dass China dieses Jahr 300 000 Tonnen Reis «zu hohen Preisen» an Japan verkaufe und zudem Reislieferungen nach Syrien vereinbart habe. Solche Meldungen sollen wohl veranschaulichen, was für eine Bewandnis es mit der revolutionären Solidarität Chinas hat.

Sieben Jahre Solidarität

Nun ist das sino-kubanische Verhältnis schon seit einiger Zeit kühler geworden, und der schwindende Einfluss Pekings in Havanna innerhalb des letzten Jahres entspricht durchaus den übrigen chinesischen Rückschlägen in dieser Periode.

Allerdings fällt die Solidaritätskurve nicht heftiger, als sie seinerzeit gestiegen war. Die Befreiungsbewegung Castros gegen Batista war in China, wo man anscheinend noch lange auf die seit 1953 geächtete KP gesetzt hatte, zunächst nicht zur Kenntnis genommen worden. So wurde damals etwa die «Bewegung vom 26. Juli», die 1953 ihren Anfang nahm, so wenig vermerkt wie 1956 Castros Landung in der Provinz Oriente, die er selbst als Wendepunkt seines Kampfes bezeichnet. Öffentliche chinesische Unterstützung fand der damals ideologisch noch nicht festgelegte Revolutionär ab Frühling 1958, als sein Sieg voraussichtlich war.

Nach der Machtübernahme 1959 nahmen die Beziehungen rasch herzlichen Charakter an. Im Herbst 1960 wurde China von Kuba diplomatisch anerkannt, und kurz darauf trat die erste kubanische Handelsdelegation unter Führung von «Che» Guevara in Peking ein. Der damalige Präsident der kubanischen Nationalbank hatte schon ähnliche Theorien über die Führung eines Guerillakrieges entwickelt wie Mao Tse-tung und sollte auch die folgenden Jahre hindurch als Freund und Verfechter der chinesischen Revolutionsauffassung in Havanna gelten. In der kommenden Zeit wurden die solidarischen Beziehungen immer

enger, standen aber, wenigstens äusserlich, ganz und gar in Uebereinstimmung mit der immer deutlicher werdenden Zugehörigkeit Kubas zum «sozialistischen» Lager im allgemeinen.

Das änderte sich vom Zeitpunkt der karibischen Krise im Herbst 1962 an. Chruschtschews Rückzug seiner Raketen wurde in China zunächst vorsichtig und dann immer offener desavouiert. Hier erhielt Kuba seine Rolle als erstes öffentliches Streitobjekt von Bedeutung im nunmehr zutage tretenden sino-sowjetischen Konflikt. Von nun an galt es als Wettbewerbsaufgabe, wer dem kubanischen Volke, Sinnbild der revolutionären Völker der Welt, die echtere Solidarität anzubieten habe.

Wie verhielt sich Kuba selbst während dieser Periode? Soweit ersichtlich war es wirtschaftlich von der UdSSR zu abhängig geworden, um sich von ihr abzuwenden, wenn auch Zeichen des Unwillens gegenüber Moskau keineswegs zu verkennen waren. Castro besuchte im Frühling 1963 jedenfalls die UdSSR, doch wurde andererseits das «Sympathiegleichgewicht» wenigstens einigermaßen durch die Bekenntnisse eines Guevara hergestellt, der keinen Zweifel darüber liess, welcher Art von revolutionärer Auffassung er, ein Hauptsprecher der kubanischen Revolution, den Vorzug gab. Im Sommer 1963 war Kubas Weigerung, dem Atomtestbann beizutreten, ein weiteres Indiz dafür, dass Havanna keineswegs stramm auf Moskauer Linie lag. In dieser ganzen Zeit der späten «Chruschtschewschina» schien die Konkurrenzlage auf Kuba noch offen zu sein, wenn auch das unverhältnismässig grössere Wirtschaftsengagement des prosovjatischen Lagers ein machtmässiges Gleichgewicht verhinderte.

Von 1965 an aber begann China im Rennen auch sonst zurückzubleiben. Kubas Teilnahme an der von Peking verschrieenen Konferenz der kommunistischen Parteien vom März in Moskau liess schon aufhorchen. Den Anlass zu einer eigentlichen politischen Konfrontation aber bot Ben Bellas Sturz im Juni. Peking (pro Boumedienne) und Havanna («Konterrevolution in Algier») vertraten damals die extremsten Reaktionen im kommunistischen Lager. Im übrigen zeigte sich Castro das Jahr über in zunehmendem Masse über die Feindschaft zwischen China und der Sowjetunion verärgert, ohne aber nunmehr sehr im Zweifel zu lassen, dass er China als die treibende Kraft der Zwietracht betrachte. Schliesslich ist es seit dem Verschwinden «Che» Guevaras, der nach einer verspäteten Erklärung Castros anderswo als Revolutionär arbeitet, immer wahrscheinlicher geworden, dass das sino-kubanische Verhältnis von dieser «persönlichen Frage» schwerwiegend mitbetroffen wurde.

Für diese Entwicklung gedachte China offenbar mit seinem Handelsverhalten die Rechnung zu präsentieren. Dass sie aber von Castro öffentlich quittiert wurde, lässt erkennen, dass sie nicht aufgegangen ist. Wie schon etliche Rechnungen Chinas innerhalb der letzten acht Monate.